

PRESSEMITTEILUNG

Mittwoch, 4. Juni 2008

„Neue Ratsmehrheit verspielt Vertrauen der Bevölkerung“

DIE LINKE analysierte den neuen Politikstil als Eigennutz

Die neue Ratsmehrheit aus CDU, FDP, UAD, Grünen und Tierschutzpartei verspielt im Zusammenhang mit den Nachnutzungsplänen für das „Hotel am Stadtpark“ in besonders krasser Weise das Vertrauen der Delmenhorster Bevölkerung. Das ist das Ergebnis einer Analyse des neuen Politikstils der letzten Wochen und Monate. Der geschäftsführende Vorstand der Linkspartei: „Was wir hier erleben ist politischer Eigennutz in Reinform. Mit dem Verkauf des Hotels wird bewusst das Risiko eingegangen, dass mögliche Nachfolgeprojekte scheitern können und die Immobilie für immer verloren ist“.

In der Bevölkerung, so sie Linkspartei, herrsche bereits eine miese Stimmung, wenn die Rede auf das Hotel kommt. „Das ist auch kein Wunder, denn die Menschen sind es leid, von einer Politiker-Clique an der Nase herumgeführt zu werden, die nur an ihre eigene Profilierung denkt“.

Im Einzelnen kommt der geschäftsführende Vorstand der Linkspartei in seiner Analyse zu dem Ergebnis, dass

- a) alle Vereinbarungen, wonach das Hotel im Besitz der Stadt bleiben soll, um eine Wiederholung der Nazi-Attacken auszuschließen, gebrochen werden sollen;
- b) die meisten der von den Bürgern erarbeiteten Vorschläge – Stichwort Bürgerbeteiligung – undemokratisch ausgehebelt wurden. Denn die neue Ratsmehrheit hat kein Mandat von der Bürgerschaft erhalten, eigenmächtig und von oben herab anzuordnen, was mit dem Hotel geschehen soll;
- c) der von Renker und Feith eingesetzte Hotelbeirat, der in stundenlangen Sitzungen und Konferenzen für eine sachgerechte Nachnutzung des Hotels eintrat, handstreichartig seiner Funktion beraubt wurde;
- d) die Mehrzahl der von den Bürgerinnen und Bürgern in aufwändigen Sitzungen erarbeiteten Vorschläge ersatzlos gekippt wurden;
- e) die 2007 im Rahmen des einstimmig beschlossenen Bieterverfahrens gebildete Jury von der neuen Ratsmehrheit entmündigt wurde. Ihr Vorschlag, mit der Arbeiterwohlfahrt zu verhandeln, wurde der gezielten Lächerlichkeit preisgegeben und bis heute ignoriert.

Fazit: „Ein demokratisches Vorgehen sieht anders aus“. Alle wesentlichen Elemente der Bürgerbeteiligung wurden bisher ignoriert, verfälscht oder abgeschafft. „Hier sind offenbar Eigeninteressen im Spiel, die mit Sicherheit noch auf den Tisch kommen werden“.

Der geschäftsführende Vorstand der Linkspartei ist überzeugt: Als Politiker reicht es nicht aus, sich mit einigen hundert Wählerstimmen in den Stadtrat wählen zu lassen, „um dann zu glauben alles Recht der Welt zu haben, um eine von den Mehrheitsinteressen der Bevölkerung abgehobene Politik zu betreiben“.